

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den Dien-
sten Monat und auf den
Diensten Monat besonders an-
genommen; im Rgr. Sachsen
u. Erzst. Sachf. Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 5 1/2 Sgr.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haß,
S. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Rgr. — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 1/2 Rgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 146.

Mittwoch, 16. Dezember.

1874.

Die Reichsbank oder die Association des Reiches mit dem Kapital.

K—z. Gegen die Vorlage des Bundesraths, welche wir im vorigen Artikel kritisirten, sind nicht nur diejenigen, welche gleich und das Recht der Gesamtheit darin Preis gegeben sehen, sondern auch diejenigen, denen die einprocentige Besteuerung der alten Noten und die fünfprocentige der zukünftigen Noten noch immer zu viel ist, und denen es vor allen Dingen nicht paßt, daß nur Stücke von 100 Mark ausgegeben werden sollen. 100 Mark (33 1/3 Thlr.), das ist eine Summe, die bei gegenwärtigen Preisverhältnissen beim Einkauf und Verkauf jedem kleinen selbstständigen Tischlermeister durch die Hände läuft, aber 100 Mark ist doch immer eine so große Summe, daß der Wochenlohn des Arbeiters nicht damit ausgezahlt werden kann; 100 Mark ist eine Summe, auf die mancher kleine Meister seinen Kunden nicht herausgeben kann, und das stört die Verbreitung der Banknoten ungemein. Daher das Geschrei über Vertheilung in den national-liberalen Blättern.

Am liebsten wäre es schon den Banktheilhabern, sie könnten Banknoten ausgeben und wer eine halbe Mark bezahlen wollte, der bezahlte mit einem halben Zettel, und es vertheilte sich die Menge der Zettel wie — ja nun, wie das österreichische Papiergeld. Ja! antwortet der Bundesrath diese eine für die zukünftig auszugebenden Noten bereits gültige Bestimmung über die Werthgröße der Banknoten, mit Vergnügen ließen sich die Theilhaber das ganze Gesetz gefallen. „Was schadet die Steuer aufs Geschäft, wenn wir nur machen können ein flotttes Geschäft. Aber so darf man im Reichstag nicht sprechen. Im Reichstag ist das Wohl des Volkes und die Rücksicht auf das bestehende Recht der einzige Grund aller Reden und jeder Abstimmung, deshalb ist es ganz natürlich, daß vom Interesse des Geschäfts nichts gesagt wurde. Um so größer war das Verlangen nach Gründung einer Reichsbank im Interesse des Verkehrs. Wir wollen damit nicht sagen, daß wir Alle, welche nach Reichsbank riefen, für Advokaten der Banktheilhaber hielten. Wir werden unsere Meinung über den Ruf nach Reichsbank an einem einfacheren Beispiel klar machen. Wir sind zwar Freunde der allgemeinen Schlachthäuser, in denen können wir uns für die Gründung eines allgemeinen Schlachthaus nur dann begeistern, wenn wir wissen, daß nicht übermäßige Schlachtpreise für Terrain und Baunnternehmen bezahlt werden, und daß die Einrichtung und Verwaltung eine gute sein wird. Gleich beim ersten Ruf nach einem allgemeinen Schlachthaus in Erfolge zu gerathen und sofort alle Sorge für Verbesserung der Privatschlachthäuser von sich zu weisen, das halten wir für unbesonnen und unredlich. So begreifen wir auch nicht den Entschluß für die Reichsbank, bevor sich übersehen läßt, unter welchen Bedingungen die Auflösung oder Unterordnung der Privatbanken unter die Reichsbank und nach welchen Grundfragen die letztere selbst eingerichtet werden soll; noch weniger finden wir es berechtigt, die Verbesserung der deutschen Bankzustände zurückzuweisen, wie Kasser es wollte, um die Gründung einer Reichsbank in Angriff zu nehmen, über deren Einrichtung noch gar keine Verschiedenheit vorliegt, ja deren wesentlichste Punkte in allen Reichstagsreden noch gar nicht berührt worden sind.

Wir selbst freilich haben im vorigen Artikel ebenfalls den Bundesrathsentwurf zurückgewiesen, allein das geschah, weil die Hauptverbesserung, welche den bestehenden Zuständen gegenüber ausgesprochen wird, nämlich die Beschränkung der Banknoten auf Summen von 100 Mark und mehr für die in Zukunft ausgegebenen Banknoten durch ein Reichsgesetz schon Gültigkeit hat, und weil die übrigen Verbesserungen viel zu unbedeutend sind, als daß wir die gegenwärtigen Uebelstände durch Annahme des Gesetzes conserviren wollen. Es ist aber eine ganz andere Sache, ein Gesetz zu verwerfen, weil es in der Hauptsache die bestehenden Uebelstände conservirt, als es zu verwerfen mit der Verheißung, durch eine andere noch gar nicht charakterisirte Einrichtung etwas Besseres an die Stelle zu setzen.

Die Freunde der Reichsbank um jeden Preis, sowie die Advokaten der Banktheilhaber werden uns freilich auf einen Uebelstand hinweisen, nämlich auf die Vielgestaltigkeit der Banknoten, welche zumal bei den verschiedenen Einlösungsterminen bald dieser bald jener Note und bei der verschiedenen Sicherheit der einzelnen Banken bei dem Publikum den Credit derselben im Allgemeinen untergräbt. Die Reichsbankler werden uns parodirend sagen: diesen Uebelstand wollen wir nicht conserviren und deshalb taugt uns das Bankgesetz nichts ohne ein gleichzeitiges Gesetz über Gründung einer Reichsbank. Nun, meine Herren, das, was Sie wollen ist eben das, was wir nicht wollen. Sie wollen für die Banknoten Steigerung des Vertrauens und der Verbreitung unter dem deutschen Publikum und wir wollen das nicht, denn die Banknoten, die der gut eingerichteten Banken verdienen nicht volles Vertrauen, und die gesteigerte Verbreitung der Banknoten führt, wie wir und Andere genügend auseinandergesetzt haben, gesteigerten ungeheuren Gewinn für die Banktheilhaber und gesteigerten ungeheuren Verlust für die Gesamtheit herbei. Der Uebelstand des sinkenden Vertrauens auf die Banknoten ist ein Uebelstand für die Banken, aber nicht für das Publikum; wolle das Publikum sich nur immer gegenwärtig halten, daß es gesetzlich nicht verpflichtet ist, irgend eine Banknote anzunehmen, nur Cassenscheine der Staaten sind gesetzliches Zahlungsmittel, und wolle die Bevölkerung am Orte der Einlösungstellen zwar die Noten bei Zahlung auswärtiger annehmen, aber recht fleißig zur Einlösung gegen baares Geld oder Staatspapiergeld präsentiren, dann fällt der Uebelstand des sinkenden Credits der Noten ganz allein auf die Banken zurück,

diese machen dann weniger Geschäfte und ziehen aus ihrem Privileg weniger Geld vom Publikum.

Es ist uns sehr wahrscheinlich, daß wenn der Bundesrath einen Gesetzentwurf vorlegt, der mutatis mutandis*) so beschaffen ist, wie der gegenwärtige, welcher aber eine Centralbank mit dem Titel Reichsbank herstellt, durch deren Vermittlung die verschiedenen Banknoten gegen Reichsbanknoten eingewechselt werden, und durch deren Vermittlung alle deutschen Banken, wenn auch unter verschärfter Controle des Geschäftsbetriebes in ganz Deutschland Geschäfte machen können, dann werden die Theilhaber aller Banken, vielleicht mit Ausnahme der Königl. preussischen Bank, welche wieder andere Wünsche haben, für den Gesetzentwurf stimmen, denn was schadet ihnen die Steuer aufs Geschäft, wenn sie nur machen können ein flotttes Geschäft?

Wir haben bisher den Kampf gerichtet gegen die Uebervorteilung der Gesamtheit durch die Banken, welche das Recht der ungedeckten Notenausgabe haben. Wir zeigen, daß durch die Ueberlassung eines Theiles der Papiergeldfabrikation der Staat resp. das Reich Theilhaber der Banken wird, und als solcher einen verhältnismäßigen z. B. einen Zwei-Drittel-Antheil am Gewinn der Geschäfte verdient von dem er als Mandatar der Gesamtheit nichts verschonen darf. Wir waren gegen den Entwurf des Bundesraths, weil er diese Uebervorteilung kaum merklich einschränkt, und wir waren gegen das Projekt der Centralbank unter Reichsform, weil sie die Ausbeutung des Publikums durch die Banken nur verstärken würde. Natürlich könnte ja auch eine Reichsbank geschaffen werden, an der immerhin auch Privatleute sein es für begrenzte oder unbegrenzte Zeit, einen Antheil haben könnten, welcher Antheil aber nach dem Verhältniß der durch ihre Einzahlung gedeckten Banknoten zur Summe der Banknoten überhaupt gemessen würde. — Wir wissen Alle, daß eine solche Reichsbank von den Reichsbanklern nicht beabsichtigt wird, aber auch diese Reichsbank bliebe immerhin eine Association des Reiches mit dem Capitale. Diese Reichsbank würde allerdings als eine Erlösung aus den gegenwärtigen Zuständen durchaus annehmbar sein, aber ein Ding, das an sich wünschenswerth wäre, ist sie nicht.

Auch diese Bank, von der wir annehmen, daß sie dem Börsenspiel, dem Granderwesen und den faulen Anleihen nicht direkt Vorschub leistet, auch diese Bank würde mit ungedeckten Banknoten, also mit dem der Gesamtheit abgezogenen Kapitale Privatleuten Credit gewähren und damit die Privatspekulation begünstigen. Eintheils vermehrt sie damit die Kapitalmacht und den Gewinn der ohnehin gut Situirten immer auf Kosten der Gesamtheit, denn jede Vermehrung der umlaufenden Zahlungsmittel vertheuert ceteris paribus**) die Waaren, andernteils verleitet sie durch die künstlich gesteigerte Zugänglichkeit von Kapital zu ungemessener Produktion und zieht damit als unausbleibliche Folge die Geschäftsstockung mit all ihren Nachtheilen für den Arbeiter und kleinen Mann herbei.

Ganz im Gegensatz hierzu verlangen wir Sozialdemokraten von dem Staate, daß er durch Darlehen von Arbeitszeug Jedem, der arbeiten will und kann, an einer für das Wohl der Gesamtheit geeigneten Stelle zur Arbeit zuläßt und ihn so aus der Abhängigkeit vom Capitale befreit. Allein, da die Partei zu klein ist, um die speziell sozialdemokratischen Forderungen durchzusetzen, so müssen wir wenigstens das vom Staate (Reiche) verlangen, daß er das übermächtige Kapital nicht noch zu Ungunsten der vom Arbeitsverdienst Lebenden durch besondere Staats-einrichtungen, und das sind die ungedeckten Banknoten, begünstigt. Also die ungedeckten Banknoten sind nicht nur dann ein Unrecht, wenn der Staat den Gewinn daraus ganz oder theilweis Privatleuten schenkt, sondern sie bleiben ein Unrecht, auch wenn er seinen Antheil am Geschäftsgewinn sich wahret, und das Kapital nur indirekt durch Darlehen ungedeckter Banknoten begünstigt.

Die Forderung des Staates resp. des Reiches vom Bankwesen, die Verweigerung der Banken allein auf den Privatcredit, ist eine Forderung, die nicht sozialdemokratisch an sich hat, die wir Sozialdemokraten nur anstellen, weil sie dem Volkwohl und der einfachen Gerechtigkeit entspricht.

Wie soll diese Forderung bemerktheltigt werden? Zuerst dadurch, daß dem Wachsthum des Uebels, nämlich der weiteren Ausgabe von Banknoten durch ein Gesetz vorgebeugt wird, ähnlich dem, wie wir es im vorigen Artikel vorschlugen; zweitens dadurch, daß der Staat (das Reich) sich alsbald in den Besitz des ihm zukommenden Gewinnantheiles an dem Geschäfte setzt, damit er nicht ferner den Banktheilhabern auf Kosten der Gesamtheit Geschenke macht; drittens durch ratenweise Außer-Circulation der jetzt umlaufenden Banknoten, so daß innerhalb dreier Jahre, oder gestehen wir fünf zu, die Einziehung und Auszahlung sämtlicher deutscher Banknoten in baarem Gelde oder Reichscassenscheinen erfolgt ist. Jenes Geld zur Einlösung ihrer Noten und ratenweiser Ueberlieferung an die Reichsgewalt erhalten die Banken nicht vom Reiche geborgt, sondern haben es durch Aufnahme von Privatkapital oder durch Einziehung ihrer Außenstände zu beschaffen. Banken, welche ihrer Verpflichtung zur ratenweisen Einlieferung ihrer Noten nicht pünktlich nachkommen, treten sofort in Liquidation, deren Durchführung das Reich anordnet. Um indessen durch eine rasche Verminderung der umlaufenden Zahlungsmittel nicht die Einlösung der Banknoten zu erschweren, und um nicht durch die Verringerung der Geldmasse abermals künstliche Schwän-

lungen aller Preisverhältnisse herbeizuführen, gibt das Reich so viel Reichspapiergeld aus, als es Banknoten zum Zwecke späterer Vernichtung in Verwahrung nimmt. Dieses neue Papiergeld darf natürlich nicht an Unternehmer verborgt werden, sonst hätten wir nur die verbesserte Reichsbank, sondern dieses Geld wird benutzt zu — ja, als Sozialdemokraten wären wir wohl im Klaren, wozu das Geld zu benutzen wäre, auch wäre es gerecht, wenn die 141 Millionen, welche bisher dem Capitale gebient, nun auch einmal den Arbeitern zur Gründung von Arbeiterassociationen geliehen würden, allein wir sind weder heute noch wahrscheinlich in 3 oder 5 Jahren mächtig genug, um unsere Wünsche durchzusetzen, deshalb sind wir schon zufrieden, wenn das Geld nicht gegen uns, wenn es nicht zur Stärkung des Großkapitals benutzt wird, und deshalb wollen wir benutzt haben zu produktiven Zwecken des Reiches. Die Blüthezeit des Manchesterthums jener Lehre, welche sagte, der Staat darf keine Industrie haben, er muß Alles den Privatunternehmern überlassen, denn der Staat ist nur dazu da, das Recht zu schützen, diese Blüthezeit des Manchesterthums ist, nicht wenig durch die scharfen Fische Lassalle's, geknickt worden. Der Staat hat allerdings erst, nachdem Privatgesellschaften die Schiene abgehöhlt haben, den Eisenbahnbau unternommen. Allein den großen Privatunternehmern überläßt er die Lieferung der Schienen, der Locomotiven, der Waggons. Wie bei ähnlichen Ueberlassungen das Kapitalgut der Arbeiter schlecht wegfällt, dafür gehen uns von den Zeitungen gemeldete Vorgänge in Oesterreich ein Beispiel: Man wird die Maßregel gegen die Arbeiter damit zu rechtfertigen versuchen, daß die dortigen Unternehmer contractmäßige Lieferungen für die Admiralität zu machen haben, deren Innehaltung durch Arbeitseinstellung unmöglich wurde. So! Sind denn Arbeiter nicht zu haben? Sie sind nur nicht für den gewünschten Preis zu haben? Sie sind nur nicht für den nach der Meinung der Unternehmer bei jetziger Zeit gerechtfertigten Preis zu haben. Also wenn der Gewinn größer als rechnungsmäßig ist, so streicht ihn der Unternehmer ein, wenn er kleiner ist oder wenn es ihm nicht gelingt, die ihm vortheilhaften Chancen der sinkenden Löhne so recht auszunutzen, dann tritt, wie die Zeitungen melden, ein Admiral für den Unternehmer ein. Ob der Reichskanzler das billigen oder eventuell den Admiral zur Tragung des den Arbeitern in Wilhelmshafen entstehenden Schadens anhalten wird, müssen wir abwarten. Diese besondere Rücksichtnahme auf das Kapital zeigt sich auch wieder bei der Vorlage des Bundesraths über das Bankgesetz und zeigt sich ebenso bei der Discussion in und außer dem Parlament. Deshalb eben müssen wir immer und immer wieder den Nachweis führen, daß das Kapital bald mit mehr bald mit weniger Glück bestrebt ist, aus dem Staate seinen gehorfolgenden Diener zu machen. Möge es ihm diesmal nicht glücken, möge der Staat die Millionen, die ihm durch Herausgabe seines Papiergeldes aus den Banken zu Gebote stehen, verwenden zur selbstständigen Durchführung gemeinnütziger Unternehmungen, allein möge er gleichzeitig den Arbeiter, den er bei jenen Unternehmungen beschäftigt, wie es recht und billig ist, behandeln, erstens indem er seine Freiheit nicht weiter beschränkt, als zur Erreichung des Zieles, nämlich zur Leistung tüchtiger Arbeit nöthig ist, und zweitens indem er in Verkürzung übermäßiger Arbeitszeit und Gewährung angemessenen Arbeitslohnes den Privaten vorantreibe. Wie leicht der Staat auch das Letztere bei Selbstbeschaffung seiner Bedürfnisse hätte, ohne sein Betriebscapital anzugreifen, das möge ein Beispiel lehren. Der Staat hat seine Mauerbewehre, da er mit der Fertigstellung derselben gar gewaltige Eile hatte, sowohl in eigenen Werkstätten als bei Privaten arbeiten lassen. Das in eigenen Werkstätten gefertigte Gewehr ist durchschnittlich 1 Thlr. 23 Gr. billiger gekommen, als das von Privaten bezogene. Mit Hilfe seiner Beamten und Arbeiter hat der Staat dadurch eine Ersparnis von mehr als 600,000 Thlr. gemacht. Würde der rationelle Grundlag befolgt, unter die Arbeiter (incl. Beamten) den halben Gewinn des Geschäftes zu vertheilen, so hätten dieselben jetzt über 300,000 Thlr. zu erhalten. — Doch wohin gerathen wir? Wir documentiren uns wieder als unverbessliche Optimisten; wir sehen noch im härtesten ungewissen Kampfe dafür, daß das Reich nicht alljährlich den Banktheilhabern viele Millionen schenke, und schwärmen schon vom Antheil der Arbeiter am Geschäftsgewinn! Also schließen wir, wir kämen sonst gar noch auf die komische Idee, es müsse jeder Schulmeister Sonntags ein Huhn im Topfe haben! Nur noch einmal wollen wir das Resultat unserer Untersuchung wiederholen, daß dem Reiche, das frei ist von jeder Dienstbarkeit für das Kapital, von selbst colossale Mittel zufallen, mit denen es auf diese oder jene Weise viel Gutes wirken kann.

Politische Uebersicht.

— Die Ständescene im Reichstag. Wir haben unserem Bericht in vorlehter Nummer noch nachzutragen, daß, während Fürst Bismarck in so stürmischer Weise die Krankheit seines Nervensystems zur Schau stellte, einige Nationalliberale händerringend herumliefen, die Klageworte ausstößend: „Sie bringen JH und noch um! Sie bringen JH und noch um.“ „Sie“, nämlich Windthorst und derselbe Jörg, den eine nationalliberale Reptilienlegende (Correspondenz der „Magdeburger Zeitung“) in demselben Moment vom Löwen Bismarck zu einer gestaltlosen Masse zusammenzuschlagen werden läßt. Wahrheit und Dichtung! Vorsätzlich allerdings hat die Dichtung noch Oberwasser. Daß die Reptilienpresse das Lügen versteht, wissen wir zur Genüge, und wir hätten es nicht für möglich gehalten, daß sie uns durch eine

*) mit den nöthigen Veränderungen.
**) wenn alles Uebrig gleich (unverändert) bleibt.

Leistung auf diesem Gebiete noch in Erstaunen versetzen könnte. Und doch ist ihr dies durch die Art, wie sie die Vorgänge des 4. Dezember für's Publikum zugerichtet hat, beinahe gelungen. So frech ist wohl nie von der gesammten Reptilienpresse gelogen, so unverfroren wohl noch nie die Wahrheit von ihr auf den Kopf gestellt worden.

— Ueber den Arminprozeß können wir noch kein Urtheil abgeben. Nach zwei Richtungen wird er aber unzweifelhaft eine große Ausbeute liefern: zur Charakteristik unserer Diplomatie und der unserer Presse. Das betreffende Material (und es liegt noch lange nicht Alles vor) muß in jedem Unbefangenen jene Gefühle erwecken, als deren Ausdruck Fürst Bismarck neulich das Wortchen Psi! bezeichnete.

— Zur Harmonielehre. Dem österreichischen Reichsrath liegt ein Gesetzentwurf zu einer neuen Gewerbeordnung zur Berathung vor. Die Fabrikanten sind mit dem Entwurf wenig zufrieden, wie aus nachstehender Zuschrift, die der Berliner „Volkzeitung“ aus Wien zugegangen ist, entnommen werden kann. Es heißt da:

„Unter den Fabrikanten der großen Industriebezirke herrscht lebhafteste Agitation, um die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs der neuen Gewerbeordnung zu ihren Gunsten abzuändern. Besonders wird die Bestimmung des § 55 belämpft, wonach der Unternehmer für jede Beschädigung, welche ein Hilfsarbeiter durch einen mit Gefahren verbundenen Gewerbe- oder Fabrikbetrieb ohne nachweisbares Selbstverschulden erleidet, eine Entschädigung zu leisten verpflichtet werden soll, da, wie die Gegner des Entwurfs betonen, in den meisten Fällen das Selbstverschulden nicht nachgewiesen werden kann (!). Aber auch die Bestimmung des § 56 wegen beantragter Abkürzung der Arbeitszeit für Frauen und Mädchen (10 stündige Arbeitszeit) wird für unmöglich erklärt, indem die Industrie darunter leiden (!) würde. Selbst die Institution der Fabrik-Inspectoren verwerfen die Fabrikanten, weil angeblich ihr Interesse schädigend. Dagegen scheuen sie sich nicht, Amendements zu dem Entwurf zu stellen, durch welche die Gehältnisse möglichst streng der Gewalt der Arbeitgeber unterworfen werden sollen. In der Wiener Genossenschaftsversammlung vom 8. d. M. ist die Bestimmung ausgedrückt, wonach es dem Lehrherrn verboten ist, den Lehrling zu mißhandeln (!). Es ist aus alledem ersichtlich, daß die Herren seit Aufhebung des Zunftzwanges bis zum heutigen Tage sehr wenig gelernt haben, und wir erkennen aus den oben erwähnten Ausfagen die Nothwendigkeit, bei Feststellung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die größtmögliche Vorsicht walten zu lassen.“

Nichts kann den Gegensatz der Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter besser kennzeichnen, als die Stellung, die beide Theile der geplanten Gewerbeordnung gegenüber einnehmen; und wir sind besonders erfreut über die Offenheit, mit welcher die Fabrikanten diesen Gegensatz zum Ausdruck gelangen lassen. Selbst das blödeste Auge muß nun erkennen, daß die Lehre von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, oder besser: zwischen Kapitalist und Arbeiter von den realen Thatsachen Lügen gestraft ist. Gleich den Fabrikanten haben auch die Arbeiter sich gegen die neue Gewerbeordnung ausgesprochen.

So haben in Böhmen zahlreiche Arbeiterversammlungen stattgefunden, in welchen die nachfolgende Resolution zur Abstimmung und Annahme gelangte und welche dem Reichsrathsmitgliede Kronawetter zur Kenntnignahme und Ueberweisung an den österreichischen Reichsrath zugestellt werden soll. Die Resolution lautet:

„In Erwägung, daß der vorliegende Gesetzentwurf einer neuen Gewerbeordnung, wie der Referent des I. I. Handelsministeriums in seinem Motivenberichte selbst sagt, einem längst und allgemein gefühlten Bedürfnisse nach einer Revision der Gewerbeordnung von 1859 seine Entstehung verdankt, und vorzüglich:

- a) Die Aufhebung jedes Zwanges bei gewerblichen Hilfsverbänden und die vollständige Freiwilligkeit derselben;
- b) Sicherung des Arbeiters gegen Gefahren für Leben und Gesundheit;
- c) Beschränkung der Arbeitszeit zum Schutze der Jugend und des weiblichen Geschlechtes; und
- d) den Arbeitern Schutz gegen Verkürzung am Lohne gewähren soll, erklärt die heutige, von circa — — Personen besuchte, freie Arbeiterversammlung:

ad a. Die vom Handelsministerium, resp. dessen Referenten ausgesprochenen Ziele sind in dem vorliegenden Entwurfe theils gar nicht, theils nur annähernd erreicht; ja die projectirte Errichtung von gewerblichen Hilfskassen im Verordnungswege §§ 109, 101, 102, 103, 104 ist dem ausgesprochenen Prinzip der Freiwilligkeit gerade entgegen und verhindert die Entwicklung der freiwilligen Arbeiter-Unterstützungs-Vereinigungen in noch höherem Grade, als es die bisher bestehenden Zwangsgenossenschaften gethan.

ad b, c, d. Die in dem Entwurfe projectirten Bestimmungen zur Beschränkung der Arbeitszeit (§ 56), zum Schutze des Arbeiters gegen Verkürzung am Lohne (§§ 93—97), gegen Gefahren für Leben und Gesundheit (§ 53), und zur Austragung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (§ 63), sind gänzlich unzureichend, indem sie einerseits prinzipiell reaktionär, andererseits, vorzüglich in Rücksicht auf Strafen so unbestimmter Fassung sind, daß sie den Exekutivebehörden den weitesten Spielraum bieten.

Das arbeitende Volk verlangt ganze Maßregeln zu seinem Schutze, insbesondere aber in gewerblicher Beziehung:

- 1) Thatsächliche Aufhebung des gewerblichen Genossenschaftszwanges durch Revision des Vereinsgesetzes in dem Sinne daß:
 - a) jeder Beitrittszwang ohne Ausnahme verboten;
 - b) den wirtschaftlichen und Unterstützungsvereinen vollständige Verbands- und Aktionsfreiheit gewährt;
 - c) die seither nach besonderen Vorschriften behandelten Knappheitskassen unter das revidirte Vereinsgesetz gestellt und
 - d) die Auflösung eines Vereines nur durch richterliches Erkenntnis verfügt wird.
- 2) Es seien die Krankensfonds der aufzulösenden Zwangsgenossenschaften jenen Hilfskassen zuweisen, welchen die Arbeitnehmer des betreffenden Gewerkes beitreten werden.
- 3) Die Entschädigungspflicht der industriellen Unternehmer soll in der Weise gesetzlich präzisirt werden, daß sie, insofern nicht nachgewiesen werden kann, daß die Beschädigung des Arbeiters selbstverschuldet geschah, in solcher Weise faßbar seien, daß sie eine, dem Durchschnittslohne des Verletzten gleiche Entschädigung zu leisten verpflichtet sind, ohne Rücksicht darauf, ob derselbe Beihilfe aus irgend einer Unterstützungsanstalt bezieht oder nicht. Bei erfolgter Tödtung eines Arbeiters soll die Obsole des Unternehmers sich auf diejenigen Personen erstrecken, welche der Verunglückte zu erhalten oder zu unterstützen verpflichtet war.
- 4) Gesetzliche Bestimmungen einer Normal-Arbeitszeit von zehn

Stunden täglich für alle erwachsenen männlichen Arbeiter, achtstündige Arbeitszeit für Frauen und Minderjährige vom 14. bis zum 18. Lebensjahre. Verbot der Kinderarbeit vor dem vollendeten 14. Lebensjahre.

In Werken mit ununterbrochenem Betriebe oder in Fabriken, welche giftartige Artikel erzeugen, darf die Arbeitszeit für alle dasebst Beschäftigten acht Stunden täglich nicht überschreiten.

5) Einführung von selbstständigen Arbeiterkammern mit Wahlrecht in den gesetzgebenden Körpern und Gesetzesvorschlagsrecht. Diese Institutionen haben gemeinschaftlich mit den Handels- und Gewerbebeamten durch gleich starke Commissionen die Wahl der Fabrikinspectoren vorzunehmen und entscheiden auch solche Commissionen in Weigerungsfällen bei Entschädigungspflicht der Unternehmer.

Die Funktionsdauer der Gewerbe- und Fabrikinspectoren soll ein Jahr nicht übersteigen ohne jedoch die Wiederwahl auszu-schließen.

6) Entfernung aller, aus der Gewerbeordnung von 1859 herübergenommenen Bestimmungen über das Lehrlingswesen und Regelung desselben durch Feststellung einer Maximal-Lernzeit und einer Maximal-Ziffer für die Zahl der in einem Etablissement aufzunehmenden Lehrlinge.

7) Vollständige Coalitions-Freiheit ohne beschränkende Klauseln. Die Versammlung beauftragt das Präsidium, diese Resolution dem Reichsrathsabgeordneten, Herrn Dr. Kronawetter, behufs Einbringung im Abgeordnetenhaus des hohen Reichsrathes zuzusenden.“

— Zur Rohheitsstatistik. Der Erbgroßherzog von Oldenburg, der unter schallendem Gelächter der öffentlichen Meinung Dresden bei Nacht und Nebel verließ, um im Orient die Schmerzen der wohlverdienten Ohrfeige zu vermeiden, die ihm ein Dresdner Bahnhofrestauranteur applizierte, dieser selbige hoffnungsvolle Sproßling eines angefallenen Herrscherhauses ist wiederum der Mittelpunkt eines artigen Ständals gewesen. In grämlichem Tone berichtet hierüber das „Leipziger Tageblatt“:

„Manche Menschen werden in ganz außerordentlicher Weise vom Pech verfolgt. Unter diese Unglücklichen scheint auch der Erbgroßherzog von Oldenburg zu gehören, von dem neuerdings wieder Folgendes gemeldet wird: Der Erbprinz von Oldenburg, welcher in Folge des bekannten unliebsamen Vorfalles in einer Bahnhofrestaurantur zu Dresden vor Kurzem die deutsche Grenze überschritt und eine Reise nach dem Orient antrat, ist auch dort wiederum, wenn auch vielleicht schuldlos, zum Mittelpunkt einer Ständalscene geworden. Wie wir einem soeben eingetroffenen türkischen Blatte entnehmen, wurde der Prinz während seines Aufenthaltes in Smyrna in einem türkischen Café von mehreren Griechen mit Feigenternen und Brodrinden beworfen. Er stellte sich, als wenn er es nicht merkte und begann ein Nargileh zu rauchen; ein Levantiner entriß ihm dasselbe durch einen Fußtritt und es wäre zu Ebüllichkeiten gekommen, wenn nicht der Prinz und seine Begleiter sich kluglich zurückgezogen hätten. In dem Augenblicke, wo sie das Lokal verlassen wollten, trat eine Anzahl deutscher Matrosen ein, welche, nachdem sie den Sachverhalt erfahren, die Griechen tüchtig durchprügelten. Diese entwichen, ohne daß einer sich zu widersetzen gewagt hatte. Der Prinz hatte schließlich noch eine Scene mit dem Besitzer des Lokals, der sich ebenfalls fast bis zum Fauststampe steigerte. Der Aufenthalt in öffentlichen Lokalen scheint dem jungen Thronfolger nicht gerade zuträglich zu sein.“

Ständalscenen, in die Arbeiter verwickelt sind, weiß das „Leipziger Tageblatt“ nicht nur in einer ganz andern Tonart zu verhandeln, es bringt gleich ausführliche Statistiken, à la Hartford, um die Berrohung der Arbeiterklasse zu beweisen. Vor einem Erbgroßherzog da müssen Blätter wie das „Leipziger Tageblatt“ freilich schon ein wenig laubdueln, das ist ja ein Mensch von ganz besonderem Schlage.

— Zur Arbeiterbewegung in Nordamerika. Nach der „Neuen Arbeiter-Zeitung“ hatte in New-York eine zahlreich besuchte Versammlung der Matrosen statt, in welcher beschlossen wurde, für die Folge nachstehende Lohnsätze zu fordern:

Auf Schiffen nach	per Monat	Vorschuß
Großbritannien, Irland und zurüd	Doll. 30	Doll. 30
Anderen europ. Ländern und Mittelmeer	„ 25	„ 30
Nach den spanischen Colonien und West-Indien	„ 30	„ 30
Nach der afrikanischen Küste und Südamerika	„ 25	„ 30
Nach den britischen Provinzen und den Küstländern	„ 30	„ 15
Auf fremden Schiffen, um in Europa entlassen zu werden	„ 35	„ 35
Nach den Häfen, um irgend ein Cap (Bergengebirge)	„ 25	„ 50

Auf fremden Schiffen für irgend eine Reise dasselbe, was auf amerikanischen Schiffen bezahlt wird.

Ferner wurde beschlossen, nach dem 16. November die Matrosenbörse nicht mehr zu besuchen, da es eines Seemanns unwürdig sei, sich gleich einem Sklaven auf den Markt bringen und verschauern zu lassen. — In Philadelphia legten 1500 Deckenarbeiter die Arbeit nieder wegen beabsichtigter Lohnreduktion seitens eines Fabrikanten. Der Fabrikant war angesichts der entschlossenen Haltung der Arbeiter zu Unterhandlungen geneigt, deren Resultat war, daß die Arbeiter sich die Hälfte der beabsichtigten Lohnreduktion gefallen lassen wollten. Trotz der Nachgiebigkeit der Arbeiter scheiterten die Verhandlungen an der Maglosigkeit des Arbeitgebers, der nur Zeit gewinnen wollte, um die Arbeiter zu veruneinigen. Das ist nun freilich nicht gelungen, der Streik dauert vielmehr fort. — In Pittsburg befinden sich die Eisen-gießer im Ausstande. Ein Ausgleich, der versucht wurde, hatte auch hier keinen Erfolg.

— Zur Staatsretterei. Laut Beschluß des Königsberger Stadtgerichts ist die Auflösung der Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Königsberg bestätigt worden, weil sie staatsgefährlich ist. Wie wir vernehmen, erfreuen sich die Königsberger Sozialdemokraten, trotz ihrer Auflösung, des besten Wohlsins.

Die Quednauer Revolte vor dem Schwurgericht.

(Fortsetzung.)
Königsberg. Bericht über die Schwurgerichtsverhandlung gegen die Postnicker Tumultuanten. (S. Nr. 138.) Siebenter Fall. Der Justmann Heydemann, 29 Jahre alt, der Knecht Unruh, 25, der Instmann Schur, 38, der Postmann Ezielief, 29, und der Instmann Pöper, 43 Jahre alt, sämmtlich aus Postnicken, sind wegen schweren Auftrahrs angeklagt. Die infolge der Ein-

führung der Kreisordnung unter der ländlichen Bevölkerung, vornehmlich in der Provinz Preußen, herrschende Aufregung hatte sich auch der Arbeiterklasse in Postnicken bemächtigt. „Wir sollen jetzt vor den Pflug gespannt werden, damit wir ihn wie das Vieh ziehen, die Leibeigenschaft wird wieder eingeführt“ und ähnliche Dummdheiten gehörten zu den alltäglichen Redensarten, mit denen sich die Leute unterhielten, und durch die sie sich aufregten, wenn sie im Krüge beim Schnaps saßen. Schon an zweien Sonntagen war es im Ganguin'schen Krüge zu tumultuarischen Scenen gekommen, und wurde in Postnicken allgemein Arges befürchtet, so daß sich die Besitzenden an den Landrath wandten, damit er ihnen zu ihrem Schutze dorthin Militär verschaffe. Der Landrath wies das Ansinnen jedoch von der Hand, weil ihm Gensdarmen genug zur Disposition ständen, und er entsandte solche am 8. August dorthin. Am 8. August c., einem Sonntage, während der Krug wiederum stark von der arbeitenden Klasse gefüllt war, erschienen auch die Gensdarmen Blank, Blieste und Prusch, vollständig bewaffnet in demselben, in einem Nebenzimmer Platz nehmend. Alsbald ging im Kruglokal der Standal los, man sang nicht, man brüllte vollständig. Die bezüglichen Aufforderungen des Gastwirths Ganguin fruchteten nichts, der Gensdarm Blank, als der älteste der kommandirten Beamten, bemühte sich, auf die Menge begütigend einzuwirken, aber vergebens. Da endlich, um 9 Uhr Abends, war der Standal länger nicht zu dulden; Ganguin gebot Feierabend, und als die Anwesenden dem Gebote nicht folgten, traten die Gensdarmen in das Lokal und räumten dasselbe. So wie die Menge auf der Dorfstraße war, hatte sie auch im Ru Knüttel, Forken und Hengabeln zur Hand. Diese Waffen mußten, wie angenommen wird, bereits vorher zum Zwecke des Loschlagens in dem gegenüber dem Krüge gelegenen Inshause, in welchem Angeklagter Heydemann wohnte, aufgespeichert gelegen haben. Da die Menge drohte und Miene machte, auf die Gensdarmen loszuschlagen, so luden sie angesichts derselben ihre Gewehre. Die Menge flüchte, einige wollten laufen, doch Angeklagter Ezielief rief: „Was, Ihr wollt laufen? Seht, holet Knüttel, wenn ein Schuß fällt, muß Alle der Teufel holen!“ In dem Augenblicke kam der Gensdarm-Ober-Wachmeister Riekmann zur Stelle, er sah die drohende Haltung des Volkes und befahl, von den Waffen Gebrauch zu machen. Mit Kolbenstößen und Säbelhieben wurden die Tumultuanten auseinandergebracht, es kamen mehrere Verletzungen auf Seiten derselben vor, namentlich wurde auch der Angeklagte Instmann Pöper durch einen Bajonnetstich verletzt? Ihn wollte der Gensdarm Prusch den erhobenen Knüttel entlocken, doch der Angeklagte Pöper blieb nicht allein Herr des selben, sondern er griff auch nach dem Gewehr des Gensdarmen, wobei seine Verletzung erfolgte. Am meisten ist der Angeklagte Unruh bei dem Vorfalle thätig gewesen, eine Figur von trotzigem Charakter; er war es auch, der, als der Tumult seinen Höhepunkt erreicht hatte, die Gensdarmen höhniß hochleben ließ, und die Menge fortwährend zum Vorgehen anfeuerete. Aber auch die Angeklagten Heydemann und Schur entfernten sich nicht aus der Menge. Dieses ist der einzige Fall, bei dem von einer direkten Einwirkung auf die verblendeten, dummen (!) Menschen, und zwar durch Sozialdemokraten geredet werden konnte (!). Ein Zimmergenosse Holz, welcher in Postnicken beim Kirchendach arbeitete und sich gerührt hat, er stehe mit Hasenclever im Briefwechsel, er habe für denselben über 100 Stimmen gesammelt, wird während der Verhandlung mehrfach genannt, als habe er durch seine Reden, die er dort gehalten, auf die Leute nachtheilig eingewirkt. Einer der Geschworenen läßt deshalb durch den Präsidenten die Angeklagten befragen: was es für Pöper waren, die sie im Krüge gefangen haben? Der Angeklagte Unruh antwortete: Es waren Militärlieder. Aufgefordert, den Text wieder zu geben, den die Lieber gehabt, weiß keiner der Angeklagten ihn anzugeben. Wenn auch die Angeklagten alle leugneten, namentlich sich nicht schuldig bekannten, bei der Zusammenrottung weber Räbelsführer gewesen zu sein, noch den Beamten durch Bedrohung Widerstand geleistet zu haben, so stellt doch die Vemeidung ihre Schuld vollständig fest. Ueber den Geist, der in Postnicken unter der ländlichen Arbeiterklasse geherrscht, sagte Zeuge Gastwirth Ganguin: „Nach der Quednauer Affaire verbreitete sich die Aufregung unter den Leuten wie eine ansteckende Krankheit, es waren Excesse der größten Art zu befürchten.“ Zeuge Amtsvorsteher Bretschneider deponirt: „Der Zustand in unserem Orte wurde nach der Quednauer Affaire ganz untrüglich. Knechte und Jungen ergingen sich in den gefährlichsten Drohungen, namentlich, als sie sahen, daß das Gefängnis gebaut wurde, hieß es allgemein: „Laßt sie das Laufe nur bauen, wir werden mit ihr schon fertig werden.“ Ich konnte mich auf meinem Balkone gar nicht sehen lassen, ohne durch die schändlichsten Redensarten gereizt zu werden.“ Da über die Schuldfrage kaum ein Zweifel blieb, so stritten die Staatsanwaltschaft, wie die Vertbeidigung vornehmlich darüber, ob der Angeklagte mildern Umstände zu gestatten seien. Jene traten entschieden dagegen auf, und auch der Präsident, als er in seinem Resumé darüber handelte, gab die Ansicht kund, daß in diesem Falle jeder der Angeklagten mehr als in den bisherigen als Räbelsführer angesehen werden müsse. Hier lag ein vollständiger Krieg vor, wie in keinem der bisher verhandelten Fälle. Die Missethäter durch Waffengewalt aneinander getrieben werden. Die Geschworenen sprachen über sämmtliche Angeklagte das Schuldige aus, ohne mildern Umstände zu gestatten, gegen Schur und Heydemann aber nur wegen einfachen Auftrahrs. Der Gerichtshof erkannte demgemäß aus den §§ 113 und 115 des Reichsstrafgesetzes gegen Unruh auf 3 Jahre, gegen Ezielief auf 2 Jahre gegen Pöper auf 1½ Jahre Zuchthaus nebst Ehrverlust und Zurechnung zur Polizeiaufsicht wegen schweren, und wegen einfachen Landfriedensbruchs gegen Heydemann und Schur auf je 1 Jahr Gefängnis und Ehrverlust. (Fortf. folgt.)

Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.
Hamburg. Den hiesigen sowie auswärtigen Corporationen und Mitgliedschaften zur Nachricht, daß der Ausschluß vom Juli d. J. noch hartnäckig fortdauert. Jetzt, da der Ausschluß 21 Wochen gedauert, sind wir fest entschlossen, auch den Willen über an unserm Beschluß festzuhalten und anzuharren. Arbeit allerorts! gedenkt der großen Opfer, welche für unsere gerechte Sache gebracht sind, und laßt nicht die Innung den Sieg davontragen, denn es handelt sich nicht nur um uns, sondern um die Gewerkschaften. Den Corporationen von Hamburg unsern besten Dank für ihr thatkräftiges Eingreifen für uns, und erinnern sie jetzt an das uns gegebene Versprechen, uns nicht verlassen zu wollen.
Hiermit noch zur Nachricht, daß Herr Julius Wille aus dem Comité ausgeschlossen worden ist. — Etwas Briefe und Geld sind zu senden an H. Falke, gr. Rosenstr. 37 bei Hübler.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Leipzig. Endlich ist uns ein längst ersehener Wunsch in Erfüllung gegangen. Vor Kurzem benachrichtigte uns ein für unsere Bestrebungen sehr einflussreicher Kollege aus Grotzsch (baselst), dass bekanntlich die größte Schuhfabrikation Sachsens, das unter den Kollegen der Wunsch rege geworden wäre, unsere Organisation näher kennen zu lernen und wünschte er vorläufig unsere Statuten; er bat zugleich um Nachricht, ob und wann wir eine Versammlung abhalten wollten. Wir bestimmten hierzu den 7. Dezember. Die Versammlung fand denn auch statt und waren Kisten, Kirsten und Unterzeichneten anwesend. Rautert sprach mit feurigen Worten unter großem Beifall über die Arbeiterbewegung, bis er zuletzt auf die Gewerkschaften kam, über welchen Punkt von Kisten und Unterzeichnetem Aufklärung ertheilt wurde. Die Kollegen waren zahlreich erschienen, und das Verhalten derselben ein musterhaftes, und ebnete die Versammlung mit dem erfreulichen Resultat, dass sich ziemlich 100 Mann zum Beitritt in unsere Gewerkschaft einzeichneten. An Grotzsch haben wir einen lange ersehnten Ort gewonnen, und geben wir uns der Hoffnung hin, dass die dortigen Kollegen ihr Versprechen, mit Muth, Energie und Ausdauer einzugreifen, halten werden. Mögen sich unsere Nachbarorte um Leipzig ein Beispiel an Grotzsch nehmen, und möchten sie endlich einmal zur Bestimmung kommen. Dies gilt besonders unsern Kollegen in Pegau, die sich nun bald einmal den Schlaf aus den Augen reiben möchten, denn die Zustände und Verhältnisse sind daselbst eben so traurige und trostlose als anderwärts, und wir können nur annehmen, dass die Kollegen leider schon so abgetumpft sind, dass sie nicht mehr sehen können oder sehen wollen, dass sie körperlich wie geistig einer baldigen Verkommenheit entgegen gehen, und in solch grauenemregenden Zuständen scheinen sie sich noch zu gefallen. Oder sucht Ihr Eure Rettung vielleicht in dem unlängst gegründeten Kriegerverein, wo mit 59 gegen 25 Stimmen angenommen worden ist, dass, wer ein Wort von Sozialdemokratie spricht oder mit einem Sozialdemokrat umgeht, oder wer nach Petroleum riecht, ohne Gnade ausgestoßen wird. Ist vielleicht daselbst der Ort, wo Ihr Euer Heil und Bildung sucht? Bebt Antwort!

A. Schäfer.

Metallarbeitergewerkschaft.

Braunschweig. Allen Bevollmächtigten, welche bis jetzt die Erbschafts-Formulare nicht zurückgeschickt haben (11 an der Zahl), diene zur Kenntniss, dass am 18. d. M. die Zusammenstellung erfolgt, und dass später eintreffende Formulare nicht berücksichtigt werden können. Dasselbe gilt von denen, welche die Formulare, trotz ergangener Aufforderung, (2 Stück) nicht bis zum 8. d. M. durch Angabe von Zahlen berichtigen. (Rubriken mit „Einstimmig“ ausgefüllt. Wie viele Mitglieder waren in den betreffenden Versammlungen anwesend?)

E. Schubert.

Verein der deutschen Steinmeyer.

Berlin, 10. Dezember. Den Bevollmächtigten, sowie allen Mitgliedern zur Kenntniss, dass ich laut Verfügung des Königl. Stadtgerichts vom 3. d. M. meine mir zuerkannte Befähigungstrafe von einem Monat den 13. d. M. antreten muß, Es sind deshalb alle die Verwaltung des Vereins betreffenden Briefe während dieser Zeit an den Stellvertreter Hermann Hoffmann, Potsdamer Str. 43a, v. 4 Tr., zu richten.

Mit Brudergruß!

A. Zabel, Vorsitzender.

Allgemeiner Böttcher- (Küper-) Verein.

Hamburg. Aufruf an die Böttcher (Küper) Deutschlands. Kollegen! Seit dem 28. September d. J. befinden wir uns mit unseren Meistern wegen einer Lohnerhöhung von 16 2/3 Prozent im Kampfe. Daß diese unsere Forderung eine gerechte ist, muß jedem denkenden Menschen einleuchten, der da weiß, in welchem Maße alle Lebensbedürfnisse sowie Wichte in Hamburg und Altona in beständigem Steigen begriffen sind, durch welche Steigerung es uns unmöglich gemacht wird, mit dem bisherigen Lohn unsere Familien auf ehrliche Weise zu ernähren. Die Gerechtigkeit unserer Forderung haben auch unsere Herren Meister eingesehen, dennoch wollen sie uns dieselbe nicht bewilligen, indem sie es als eine Erniedrigung ihrerseits ansehen. Kollegen! Wir dürfen dem gegenüber aber erst recht nicht nachgeben, sondern es ist unsere Pflicht, uns zu vereinigen, um dadurch allen etwaigen Verfolgungen ruhig und fest die Stirn bieten zu können; denn unterliegen wir, so wird man Euch auch bald den ohnehin jetzt schon knappen Lohn noch schmälern. Unterstützt uns deshalb in jeder Hinsicht nach Kräften; vor Allem haltet den Bezug von Hamburg-Altona während der Dauer des Streites fern, damit nicht die Agitation der Herren Meister ins Leben treten kann, die darin besteht, die Meister anderer Städte anzufordern, aus Hamburg-Altona abgezogene Kollegen, die bereits auswärts in Arbeit getreten sind, wieder aus derselben zu entlassen. Hoffentlich wird dieses auch gleichmäßig ein Sporn für Euch sein, dem Allgemeinen Böttcher- (Küper-) Verein beizutreten, denn nur dadurch, daß Alle obigen Vereine Mitglieder angehören, wird es möglich, unsere Lage zu verbessern, und die Bestrebungen der Meister, unseren Verein zu zerschlagen, müssen an unserem festen Willen scheitern.

Kollegen! Wir handeln nur nach dem Gesetze, welches wir vielleicht besser kennen als die Herren Meister, um in keiner Weise mit der Polizei in Konflikt zu kommen. Zeigt jetzt, daß ihr auch Kollegen im wahren Sinne des Wortes seid, steht uns thatkräftig zur Seite, thut in jeder Hinsicht Eure Pflicht und der Lohn wird nicht ausbleiben. Im Auftrage des Comité: G. Zander.

NB. Unterstützungen sind zu senden an E. Kroll, große Borsfäh unter Nr. 38, Hamburg.

Correspondenzen.

Leipzig, 9. Dezember. Vergangenen Montag hatte der hiesige Arbeiterverein der Tischler (Hirsch-Dunder) eine Versammlung abgehalten, in welcher Herr Oberlehrer Pache aus Lindenau einen Vortrag über „Die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie“ hielt. Man schien aber die Anwesenheit von Sozialdemokraten, resp. eine Diskussion über den Vortrag zu erwarten, denn beim Eintritt wurde uns von einem älteren Vorstandemitgliede das Versprechen abgenommen, uns „ruhig“ zu verhalten, im anderen Falle hätten wir sofort das Lokal zu verlassen, wenn eine Diskussion fände nicht statt. Wir fügten uns dieser Vorsorglichkeit, hielten es aber doch für zweckmäßig, einige Kleinigkeiten über den „geistreichen“ Vortrag zu machen. Doch, da wir schon an „Augenblicklich legen Sie Bleistift und Feder weg, oder Sie verlassen sofort das Lokal, wir brauchen keine Reserven,“ herrschte uns der vorstehende Gewerkschaftler an, und wir mußten wohl oder übel gehorchen, wollten wir uns

den Ohrenschmaus nicht entgehen lassen. Die Herren hatten aber auch Ursache eine Diskussion zu fürchten, denn ein solch großer Anäuel von Unflath ist wohl selten von jemand in einer Stunde abgewickelt worden. Das Herr Pache der Sozialdemokratie Alles andichtete, ist wohl weder vom Dr. Lindwurm, noch von Nathan Schlesinger geleistet worden. Die Vernichtung des Kapitals spielte dabei die größte Rolle, und die Arbeit bedürfe doch so sehr des Kapitals, denn ohne dasselbe sei die Arbeit nicht; die Sozialdemokraten trieben nur eine hohle politische Agitation, um die Massen aufzuregen, sie vernichteten das Prinzip der Freiheit in der Volkswirtschaft, obgleich sie das Prinzip der Sittlichkeit in derselben durch ihre unangenehme rege Agitation zur Geltung gebracht hätten, mit Gewalt wollten die Sozialdemokraten die bestehenden Zustände ändern, während die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften gemeinschaftlich mit den Kapitalisten an der Verbesserung unserer Zustände arbeiteten. Die „freie Liebe“ wollten die Sozialdemokraten einführen, denn vor ungefähr einem halben Jahre habe im „Neuen Sozialdemokrat“ ein Artikel gestanden, welcher mit den Worten endete: „Her mit dem Kapital“. Zu gleicher Zeit hätte auch der „Volkstaat“ einen von Herrn Dr. Walther geschriebenen Artikel gebracht, in welchem nachzuweisen versucht wurde, daß die Landarbeiter eigentlich das Recht hätten, die großen Güter in Pacht zu nehmen, damit die Erträge nicht den großen Gutbesitzern, sondern den Arbeitern zufielen. Schrumm! Dies war der geistreiche Beweis, daß die Sozialdemokraten die „freie Liebe“ wollten. Man solle nicht glauben, daß die Hirsch-Dunder'schen Vereine die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital gutheißen; auch sie seien für Aufhebung der Frauen- und Kinderarbeit und eine bessere Erziehung der ärmeren Volksklassen, denn seit dem Kriege von 1870 habe die Noth nicht bloß in den unteren, sondern auch in den höheren Volksklassen in bedenklichem Maße zugenommen. Nur sei es notwendig, daß man gemeinschaftlich mit allen Volksklassen an der Verbesserung der Zustände arbeite, und dazu böten die Gewerkschaften die schönste Gelegenheit. Dies war der Schluß des Vortrags. Ein Herr Franke sprach im Namen der Anwesenden Herrn Franke für seinen „geistreichen“ und „belehrenden“ Vortrag den innigsten Dank aus und knüpfte daran noch die Bemerkung, daß die Ziele der Sozialdemokraten vielleicht erst in einigen Jahrzehnten zu erreichen seien, während sie mit den gegebenen Verhältnissen rechnen und auf realem Boden ständen. Das Sparen sei bei ihnen Prinzip, während die Sozialdemokraten das Gegentheil wollten. Wir wünschen Herrn Franke recht viel Glück hierzu und Herrn Pache möchten wir rathen, derartige Vorträge recht oft zum Festen zu geben, es würde dies das geeignetste Mittel sein, jeden denkenden Arbeiter über die Hirsch-Dunder'schen Vereine aufzuklären.

Luzern, 1. Dezember. Gestern fand hier eine ziemlich zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher Kaiser aus Dresden einen Vortrag über das Haftpflichtgesetz und die Gewerkschaftsbewegungen hielt. Zu dieser Versammlung waren besonders die Bauhandwerker geladen, um für die Petition derselben, betreffs Aufnahme in das Haftpflichtgesetz Unterschriften zu werben. — Unser Herr Bürgermeister fühlte sich berufen, mehrmals polizeilich einzugreifen und keine Reden zu halten, damit die Luzerner erkennen, daß auch ihr Bürgermeister die glänzendste Berechtigung besitze; nur zeigte er es nicht ganz, und die kleinen Reden waren nur die Lüftung des Schließers. Kaiser machte nämlich bei der Kritik des Haftpflichtgesetzes mehrfache Anspielungen auf den Vertreter des Wahlkreises, von Känerich. Ebenso hob er hervor, wie die Arbeiter selten in der Lage seien, aus den Gesetzen die Hinten herauszufinden, weil dieselben in juristischem Randerwälsch geschrieben seien. Schon das bloße Lesen der Gesetze werde dem Publikum schwer, weil dieselben so trocken, in einem solchen Amtsstyl geschrieben seien, daß die Mehrzahl der Menschen beim Lesen derselben einschläfe. Der Bürgermeister: „Ich habe jetzt schon dreimal den Kreishauptmann von Könnerrich nennen hören. Ich kann nicht dulden, daß der Name dieses „achtbaren“ Mannes noch einmal genannt wird. Ich bin Ihnen (zum Redner gewandt) sehr dankbar, daß Sie hergekommen sind und Vieles erzählt, was wir noch nicht wußten. Aber nennen Sie den Kreishauptmann von Könnerrich nicht, sonst wissen Sie was geschieht.“ Sodann ließ der Herr Bürgermeister folgenden satosen Witz dem Gehege seiner Zähne entschlüpfen: „Sie nannten die Gesetze trocken, nehmen Sie sich in Acht, daß sie nicht noch einmal naß werden.“ Sprach's und setzte sich nieder. Kaiser wies nun schlagend nach, wie unberechtigt die Unterbrechungen des Herrn Bürgermeisters waren, setzte nun aber seine Rede unangefochten fort. Nach Beendigung der Rede sprach Knof aus Gernheim und bewies an der Hand des sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetzes, wie wenig das Auftreten des Bürgermeisters unsern gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Der Bürgermeister hielt nun eine 5 Minuten lange Rede, sprach von Dreißigkeit u. s. w. und schloß mit den Worten: „Ich bin der Bürgermeister von Luzern; ich gebiete hier.“ — Nachdem der Herr Bürgermeister sich in einigen Sekunden erholt hatte, rief er: „Gensdarm, lassen Sie sich den Mann legitimiren.“ Nachdem die Aufregung und die Unruhe sich wieder gelegt hatte, fragte Kaiser den Bürgermeister, ob er ihm gestatte, ein erst heute im Amtsblatte befindliches „Eingefandt“ zu kritisiren, weil dieser Punkt bei Anmeldung der Versammlung als Tagesordnung nicht angegeben werden konnte. Wir heben es mit Anerkennung hervor, daß der Bürgermeister es Kaiser gestattete, eine solche Kritik vorzunehmen.

(Dr. „Vollbote“.)

Apolda. Die Reichsvereine. Wie überall, so haben sich auch im Großherzogthum Weimar sogenannte Reichsvereine gebildet, die in Gemeinschaft mit den Kriegervereinen ic. gegen das Gekwürm der Reichsfeinde, namentlich die Sozialdemokraten, zu Felde ziehen sollen. Wie die Geburt dieser Vereine eine schwere, so ist deren Fortexistenz eine kläglich schwache, die zeigt, daß die Phrase von der „Reichsfeindlichkeit“ doch nirgends recht ziehen will. In Eisenach ward seiner Zeit ein Reichsverein unter Führung des im Jahre 1868 vom „Stuttgarter Beobachter“ abgethanen und als Vicepräsident des Weimarer Landtags bekannten Rechtsanwält Haring gegründet, der — wir meinen den Verein — sanft und selig entschlämmert scheint; in Jena, Apolda, Weimar folgte man dem Beispiele, doch mit nicht viel besserem Resultate. Zwar haben durch Kolportage, durch Beihilfe der Zeitungen und sofort, die Vereine in Apolda und Weimar etwa 370 Mitglieder zusammengebracht, allein so gering ist das Interesse derselben an der Sache, daß in Apolda trotz mehrmaliger Anberaumung einer Sitzung des aus 30 Personen bestehenden Ausschusses, nicht einmal die beschlußfähige Anzahl Ausschussmitglieder hat zusammengebracht werden können; in Weimar herrscht Grabesstille bezüglich der Thätigkeit des Vereins. — In Jena hat der Verein ein Flugblatt gegen die Sozialdemokraten vom Stapel gelassen, voll so jammervoller Oberflächlichkeit und Unkenntniß, daß ein traurigeres Kränichzeugniß sich wohl kaum denken läßt. Sich selbst dadurch

wissenschaftlich todtschlagend, hat der Jener Reichsverein nur für die Sozialdemokratie gearbeitet. Wenn wirklich das schwächliche Kind der Reichsvereine das erste Jahr überdauern sollte, so wird, wenn zum zweiten Male der Beitrag von 1/2 Mark beigetragen werden wird, die Mitgliederzahl dahin geschwunden sein, wie frischer Schnee vor der Frühjahrssonne. Freilich scheint es auch, als ob die Reichsvereine ihre hervorragendsten und thätigsten Mitglieder gegen die Reichsfeinde nicht an den richtigen Platz zu stellen verständen. So ist z. B. in Apolda der Mann, der die Sozialdemokraten bis auf Messer (scharf geschliffen?) bekämpfen zu wollen erklärt hat, Herr Bürgermeister Franke, weder im Vorstande, noch im Ausschusse des Reichsvereins ins Leben gerufen, demselben gar nicht angehört. Nicht überraschend sollte es uns in diesem Falle, wenn sofort die Unwilligkeit behaupten würde, Herr Franke habe sich belehrt, und der in Nr. 103 des „Apoldaer Tageblattes“ mit R. D. unterzeichnete Artikel „Menschenfreundlichkeit“, dessen Verfasser Herr Bürgermeister Franke geständigermaßen ist, spreche seine wahre Ueberzeugung aus, ja Herr Franke sei der Sozialdemokratie von Herzen zugehan. Solche eventuelle Verdächtigungen sind natürlich von uns zurückzuweisen, da ja auch das Großherzogliche Staatsministerium die wegen jenes Artikels vom Bezirksauschuß fast einstimmig beschlossene Abfertigung des „vieltgewanderten, vielverehrten, vielgenannten, vielverfolgten und bekannnten“ Herrn Franke nicht genehmigt hat.

Hamburg, 6. Dezember. Da sich das Bedürfnis einer großen Vereinigung für die Bauhandwerker als ein immer dringenderes herausgestellt, um den fortwährenden Unterdrückungs-Gelüsten der Reichsvereinigungen genügend entgegenwirken zu können, so haben die Maurer Hamburgs am 3. d. Mts. in einer von Tausenden besuchten Versammlung in Tützes Salon beschlossen, einen „Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bund“ zu gründen, und alle Verfassgenossen in Deutschland aufzufordern, sich diesem Bunde anzuschließen. Nachdem in der Versammlung das von einer Commission berathene Statut verlesen und von der Versammlung genehmigt war, wurden H. Schöning als Geschäftsführer und G. Balthar als Centralführer gewählt.

Kameraden allerorts! Die Maurer und Zimmermeister haben sich über ganz Deutschland vereinigt, um die an sich schon largen Löhne immer mehr herabzudrücken und die Arbeitszeit zu verlängern. Damit noch nicht zufrieden, wird von Seite dieser Herren versucht, den Gesellen Contrakte aufzuzwingen, welche den letzten Rest von Selbstständigkeit in den Gesellen rauben würden. Ferner haben sich diese Herren mit Petitionen an den Reichstag gewandt, um Erlaß des Contraktbruchgesetzes und Einführung der Arbeits-Controllbücher, wodurch die Gesellen zu willenlosen Werkzeugen ihrer Arbeitgeber herabgewürdigt würden.

Kameraden! Angesichts solcher Thatfachen erwarten wir von Euch, daß Ihr dem Bunde beitreten. Diejenigen aber, welche zu muthlos sind, für die Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen, oder die zu lässig sind, sich um das Wohl von Frau und Kind zu kümmern, und das geringste Opfer scheuen, alle die mögen fernbleiben.

Wer aber erkannt hat, daß seine Lage eine traurige ist, der lege seine Hände nicht in den Schoß, sondern wirke mit an der Vereinigung aller Kameraden zu einem großen Bruderbunde. Und wenn es Euch ernst ist um die heilige Sache, dann thut Eure Schuldigkeit, beruft Versammlungen ein, stellt es allen Berufsgegenossen vor, organisiert Euch bei Zeiten, ehe der Feind, der Euch bedroht, zu einer Macht angewachsen ist, welche keine Einigung mehr zuläßt.

Im Auftrage des Ausschusses des „Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes“: H. Schöning.

Wegen näherer Auskunft wolle man sich wenden an den Geschäftsführer H. Schöning, Jacobikirchhof Nr. 29 in Hamburg oder an den Centralführer G. Balthar ebendasselbst.

Wilhelmshaven. An die deutschen Zimmerleute! Kameraden! Die Noth unserer strickenden Brüder ist eine große; trotzdem fast alle Unverheiratheten bereits abgereist sind, bleibt immer noch eine große Anzahl Verheiratheter zu unterstützen, und kann diese Unterstützung keine zu knappe sein, da augenblicklich deren sämtliche Familienglieder leben müssen. Die Arbeitseinstellung selbst ist heroorgezungen worden durch das frivole Auftreten der vereinigten Meister, welche den ohnehin schon karglichen Lohn noch weiter herunterdrücken wollten, so daß, wenn diese Lohnreduzierung durchgeführt wäre, unsere so schon jämmerliche Existenz noch schlechter würde. Deshalb mußte dieser Angriff von uns parirt werden, und zwar dadurch, daß wir die Arbeit einstellen; ein anderes Mittel gab es nicht. Wir wählten dasselbe in dem Bewußtsein, daß Ihr, Kameraden, thatkräftig hinter uns stehen würdet, denn der Angriff der Herren Meister richtet sich nicht allein gegen uns in Wilhelmshaven, sondern gegen die gesammten deutschen Zimmerleute. Denn gelingt es diesen Herren erst, auf einer Stelle den Lohn herunterzudrücken, so wird man bald allerorts dasselbe Manöver gegen uns in Anwendung bringen, wobei denn die augenblickliche Dezentralisation, in welcher sich die deutschen Zimmerleute befinden, sehr zu Statten kommt.

Wir ersuchen Euch, Kameraden, deshalb, uns ferner thatkräftig zu unterstützen. Denkt daran, daß unser Sieg auch der Eure ist, daß es die Aufgabe der gesammten Zimmerleute Deutschlands sein muß, gemeinsam zu handeln und solidarisch ihre Interessen zu vertreten. Der Einzelne in diesem Kampfe „um's Dasein“ ist ohnmächtig gegenüber den vereinigten Arbeitgebern; nur durch gemeinsames Zusammenstehen in Noth und Gefahr ist dieses Dasein etwas zu verbessern. Denke daher jeder Kamerad an die im Kampfe für die Interessen der Gesammtheit stehenden Wilhelmshavener und Sorge für Unterstützung, damit wir den Angriffen zum Schaden der Gesammtheit nicht durch Hunger unterliegen. Unterstützung bitten wir an die Expedition des „Pionier“ in Berlin, Waldemarstraße 56, zu senden.

Der Vorstand des Wilhelmshavener Zimmererbundes. Geyer, 30. Nov. Vorigen Sonntag hielten wir im gewöhnlichen Lokale eine Besprechung ab. Gegenstand derselben war die Bildung eines Agitationscomité's für den hiesigen 19. Wahlkreis. In dasselbe wurden gewählt: Carl Demmler als erster, Ferdinand Geyer als zweiter Vorsitzender, Ernst Schletter als erster, Adolph Neumann als zweiter Schriftführer, Aug. Stopp als Kassirer, und Eduard Stopp und Markert als Beisitzer. Das Comité beschloß hierauf, vorläufig alle 14 Tage, und zwar Sonnabends, seine Sitzungen zu halten. Ferner wurde der schon früher in Stollberg gefaßte Beschluß erneuert, von jedem einer Arbeiter-

*) Trotzdem in dieser Branche schon ziemlich gut stuirte Organisationen bestehen, eine neue Organisation also kaum zu einer Stärkung führen kann, haben wir uns doch verpflichtet gehalten, diesen Aufruf zu veröffentlichen. Wir hoffen aber, daß das unter den deutschen Arbeitern jetzt so mächtige Streben nach Vereinigung auch auf gewerkschaftlichem Gebiete sich betheiligen wird.

H. B.

